

Berichte



2009

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

2

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt		Veranstaltungen
2	Warenhäuser und Innenstädte – Ende mit Schrecken oder Chancen der Krise?	11	Jubiläumskongress Soziale Stadt – 10 Jahre Soziale Stadt. Das Bundesländer-Programm in der Praxis
	Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen	12	39. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung in Greifswald
4	40 Prozent weniger CO ₂ – (k)ein Problem?	13	Kinder- und Jugendhilfe (nicht) nur für Deutsche?!
5	Datenschutz und Informationsfreiheit in Kommunen	14	Europa zu Gast am Deutschen Institut für Urbanistik
7	Genossenschaftliches Wohnen	15	Neues im Difu-Internet und -Extranet
8	Neun Kommunen für vorbildliche Klimaschutzprojekte ausgezeichnet	16	Difu-aktiv
10	Preisträger bekannt: Wettbewerb Kommunale Suchtprävention	17	Difu-intern
		18	Mediennachlese
		19	Impressum
		20	Bestellschein

Warenhäuser und Innenstädte – Ende mit Schrecken oder Chancen der Krise?



Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann



Dr. Gerd Kühn

„Die Kaufhauskrise – Ist Arcandor noch zu retten?“ Oder: „Noch 48 Stunden für Arcandor“. Juni 2009 – die Meldungen überschlugen sich; der vorläufige Höhepunkt einer nicht enden wollenden Kette schlechter Nachrichten aus den Warenhäusern, die seit dem Sommer 2008 in den Vordergrund drängten, als Hertie Insolvenz anmeldete. Dabei hatte der britische Finanzinvestor Dawney Day 2005, also gerade einmal drei Jahre vorher, dem damaligen Unternehmen Karstadt Quelle, mehr als 70 kleinere Filialen einschließlich der Grundstücke abgekauft und unter dem Traditionsnamen Hertie weiter betrieben. Indes liegen die Anfänge allen Ungemachs bei den Warenhäusern, insbesondere beim traditionsreichen Handelsunternehmen Karstadt, noch weiter zurück: Bereits in den Jahren davor signalisierten mehrfache Wechsel auf den Chefsesseln ausbleibende Geschäftserfolge – anhaltende Umsatzeinbrüche konnten nicht gestoppt werden. All dies hat zu einer gravierenden Störung einer weit mehr als einhundertjährigen Liaison zwischen Stadt und Handel geführt. Das aktuelle Geschehen versetzt die Innenstädte in eine ausgesprochen schwierige Lage, sind die Warenhäuser doch bislang sowohl wichtiges Glied der innerstädtischen Leitfunktion Handel und damit mitbestimmend für die Attraktivität der Innenstädte als auch unter städtebaulichen Gesichtspunkten von herausragender Bedeutung für städtische Strukturen und die Stadtentwicklung.

Wie hat alles einmal angefangen? In Deutschland entstanden nach Vorläufern in Paris und London die ersten Warenhäuser in der Provinz. Im Jahr 1875 gründeten Ida und Abraham Wertheim ein bescheidenes Warenhaus in Stralsund. 1879 eröffnete Leonhard Tietz sein Geschäft – ebenfalls in Stralsund. Es folgten in den 1880er-Jahren Rudolph Karstadt in Wismar, Oscar Tietz in Gera und Theodor Althoff im westfälischen Dülmen. Die Standorte dieser ersten Geschäfte befanden sich ausnahmslos in den Innenstädten. Aus den kleinen Anfängen in provinziellen Stadtkernen entwickelten sich in den folgenden Jahrzehnten „Kathedralen“ des Einzelhandels, nun in den deutschen Großstädten, voran der damaligen Reichshauptstadt Berlin. Große innerstädtische Warenhäuser beziehungsweise Niederlas-

sungen in Stadtteilzentren sorgten für enorme Frequenzen, von ihrer Anziehungskraft profitierten nicht nur der mittelständische Facheinzelhandel, sondern auch andere Nutzungen der zentralen Stadtlagen. Drei immer wieder genannte Beispiele stehen für einen Aufschwung sondergleichen: 1897 entstand an der Leipziger Straße in Berlin das erste Wertheim-Warenhaus, 1907 eröffnete das „Kaufhaus des Westens“ am östlichen Ende der Tauentzienstraße im neuen Berliner Westen. 1929 nahm Rudolph Karstadt eine Filiale am Hermannplatz in Berlin-Neukölln in Betrieb. Der Gebäudekomplex galt seinerzeit als das modernste Warenhaus Europas. Karstadt standen hier auf neun Etagen (davon zwei unterirdisch) 72 000 m² Nutzfläche zur Verfügung, 24 Rolltreppen verbanden die Etagen. Weiterhin gab es 24 Personenaufzüge, 13 Speise- und acht Lastenaufzüge, von denen einer komplett beladene Lastwagen in die fünfte Etage zur Lebensmittelabteilung befördern konnte. Karstadt am Hermannplatz entwickelte sich schnell zu einer über die Stadtgrenzen hinaus bekannten Attraktion mit enormer Magnetwirkung. Neben dem reichhaltigen Warenangebot war es vor allem der 4 000 m² große Dachgarten, auf dem 500 Personen Platz finden konnten, der das Publikum anzog. Die jeden Nachmittag spielenden Musikkapellen und der Blick aus 32 Metern Höhe über ein weites stadträumliches Umfeld hinweg sorgten für das einzigartige Ambiente. Karstadt etwa hatte bereits Mitte der 1920er-Jahre nach der Fusion mit Althoffs Warenhäusern 44 Verkaufsfilialen.

Die großen Warenhausunternehmen überdauerten Weltwirtschaftskrise, Naziherrschaft und den zweiten Weltkrieg; wenn auch dramatisch gebeutelt – hauptsächlich wegen der jüdischen Herkunft eines Teils der Besitzer, aber auch wegen der warenhausfeindlichen Gesetzgebung nach 1933 und natürlich auch aufgrund der Kriegsschäden (von den 45 Karstadtfilialen im Westen Deutschlands waren mehr als 30 komplett zerstört). Auch die Enteignung von 22 Warenhäusern, die nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone lagen, konnte den Grundfesten der Rudolf Karstadt AG nichts anhaben. Den Warenhauskonzernen gelang der Wiederaufbau und sie behielten

ihre Magnetfunktion in den westdeutschen Innenstädten. 1956, zum 75. Firmenjubiläum, überstiegen die Umsätze von Karstadt erstmals die Marke von einer Milliarde DM. Die zunehmende Mobilität sowie die Außenwanderung der Wohnbevölkerung und – damit zusammenhängend – die Entwicklungen im Einzelhandel, also die aufkommende und immer stärker werdende Konkurrenz räumlich nicht integrierter Standorte von neuen Betriebsformen auf der „grünen Wiese“, drängten Warenhäuser und Innenstädte um 1970 erstmals in die Defensive. Gleichwohl lag der Anteil der Warenhäuser am Gesamtumsatz damals bei ungefähr 15 Prozent. Indes verloren die „alten Wunderkammern der Warenwelt“ mehr und mehr an Boden, der alte Slogan „Alles unter einem Dach“ (Kaufhof) zog bei der Kundschaft nicht mehr. Auch war es angesichts endlos wachsender Sortimente bereits vor 25 Jahren gar nicht mehr möglich, ein wie auch immer geartetes Gesamtangebot vorzuhalten. Trotz einiger Übernahmen (Horten durch Kaufhof, Hertie durch Karstadt) und immanenter Ertüchtigungen blieben grundlegende strategische Neuorientierungen aus.

Sicherlich wurde auch der Kundengeschmack verfehlt – der Kunde wechselt seit geraumer Zeit zwischen Aldi und Armani und hat zum Teil das mittlere Preissegment in der Mitte der Stadt aus den Augen verloren. Die Gewinner sind schnell ausgemacht, es sind auch längst nicht mehr allein die Dezentralen draußen, sondern zunehmend die innerstädtische Konkurrenz: internationale Modedilialisten, breit aufgestellte Elektronikfachmärkte, häufig den lokalen Branchenmix kopierende Shopping-Center. Der wachsende Onlinehandel ist in punkto Bequemlichkeit unschlagbar – kann man doch selbst vom heimischen Bett aus einkaufen. Die Schere zwischen dem langjährig exorbitanten Verkaufsflächenwachstum (auf aktuell rund 120 Millionen m²) und den seit gut zehn Jahren kaum gestiegenen Umsätzen führt zu Kannibalisierungstendenzen – gefressen werden außer vielen Kleinen die schwerfälligen Großen: Von den vier großen Warenhausunternehmen sind noch Kaufhof und Karstadt übrig geblieben (das allerdings vor Kurzem Insolvenz anmeldete, sein Verbleib am Markt/in den Innenstädten ist durchaus ungesichert), Horten und Hertie gibt es nicht mehr; der Umsatzanteil der Warenhäuser ist mittlerweile auf drei Prozent geschrumpft.

Wie geht es nun weiter mit den Warenhäusern und der Liaison zwischen Warenhäusern und Innenstädten? Was bringt die Zukunft? Unser Standpunkt: Totgesagte leben

länger – zumindest, wenn sie die dafür erforderlichen Aufgaben erledigen. Sie bedürfen aber auch der kooperativen Unterstützung durch die Stadt. Es wird zur Schließung unrentabler Warenhausstandorte kommen, die aktuell genannten Zahlen sind sicher eine „Hausnummer“. Indes trauen wir einer ganzen Reihe von Warenhäusern zu, ihre Zukunft „in den Griff zu kriegen“. Unabhängig dafür ist eine längst überfällige schonungslose Prüfung der Konzepte und ihrer Bausteine; so erscheint der Handlungsansatz, mit kompetenten Mietern im „Shop in Shop-System“ ein klares Sortimentsprofil sowie Sortimentskompetenz aufzuzeigen, ein Schritt hin zur richtigen Kundenorientierung. Dies bedeutet auch eine konsequente Abwendung vom „Alles unter einem Dach“. Erforderlich sind aus unserer Sicht des Weiteren verbesserte und erweiterte Angebote zum längeren Verweilen in den Warenhäusern, wobei man nicht allein auf die Gastronomie schauen sollte. Eventuell hilft mitunter nicht nur ein Blick hinüber auf die Shopping-Center, sondern auch ein Blick zurück auf die eigene Vergangenheit – beispielsweise auf das Karstadt am Berliner Hermannplatz um 1930... Diese Konzeptbausteine sind nach unserer Einschätzung wichtig und richtig für eine Attraktivitätswende der Warenhäuser und für attraktive Innenstädte; weitere Bausteine müssen folgen. Wir halten nicht nur die Premiumhäuser in Berlin, Hamburg und München für erfolgfähig. Nachfrage besteht durchaus auch für größere Warenhäuser in Großstädten. In den Mittelstädten wird viel von der örtlichen Situation abhängen, so dem Vorhandensein und dem Zustand weiterer Magnetbetriebe.

Die – vor allem auch ortsspezifische – Umstrukturierung setzt eine enge Kooperation mit den Städten voraus. Das Treffen nahezu aller Oberbürgermeister der potenziell betroffenen Kommunen bei dem für die Stadtentwicklung zuständigen Minister Wolfgang Tiefensee sind ein wichtiges Indiz des Engagements. Die Städte können und müssen unterstützen durch integrierte Konzepte der Innenstadtentwicklung, kooperative Verfahrensweisen bei geplanten Umnutzungen, Aufwertung öffentlicher Räume im Umfeld der Warenhäuser. Aber auch die standortbezogene Wirtschaft ist im Sinne von BID („Business Improvement Districts“) gefordert. Alles in allem trauen wir der vielfach als „Auslaufmodell“ charakterisierten Vertriebsform Warenhaus nach erfolgtem Turnaround wieder mehr Kundenzulauf zu und gehen davon aus, dass es nicht zu einer Scheidung, sondern einer Fortsetzung der Beziehung zwischen Warenhäusern und Innenstädten kommt.

Tipps zum Weiterlesen

- Helmut Frei, Tempel der Kauflust. Eine Geschichte der Warenhauskultur, Leipzig 1997.
- Wilhelm Klauser, Mondmieten bis zum Schlussverkauf, in: Bauwelt, Nr. 22/2009.
- Rolf Junker, Gerd Kühn, Christina Nitz und Holger Pump-Uhlmann. Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren. Edition Difu. Bd. 7. 2008.

Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann
Telefon: 030/39001-214/215
E-Mail: beckmann@difu.de
Dr. rer. nat. Gerd Kühn
Telefon: 030/39001-255
E-Mail: kuehn@difu.de

40 Prozent weniger CO₂ – (k)ein Problem?

Das Ziel einer Reduzierung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen fordert die Kommunen auch im Verkehrssektor heraus. Hohe Emissionen entstehen nicht, wie oft vermutet, nur auf langen Distanzen im Fernverkehr: Dreißig Prozent der CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs entstehen durch Kurzstreckenfahrten und regional. Trotz aller bisherigen Bemühungen um eine nachhaltige Verkehrspolitik wurde im Verkehrssektor noch keine Trendwende erreicht. Die durch Neubaugebiete verursachte Verkehrsnachfrage, zunehmende Pendlerdistanzen und dezentrale Konzentrationsprozesse verursachen ein höheres Verkehrsaufkommen und damit mehr CO₂-Emissionen. Zudem führt die steigende Attraktivität von Innenstädten und zentralen Orten als Geschäfts-, Freizeit- und Wohnstandort zu steigenden Ein- und Auspendlerzahlen. Die durch die „Abwrackprämie“ geförderte Verjüngung der Fahrzeugflotte kann jedoch den großen Anteil von Fahrzeugen der Ober- und Mittelklasse noch nicht kompensieren.

Das Motto „40 Prozent weniger CO₂ – (k)ein Problem?“ der als Difu-Impulse-Band dokumentierten gemeinsamen Fachtagung des Deutschen Städtetages, des Umweltbundesamts und des Deutschen Instituts für Urbanistik orientierte sich am CO₂-Ziel der Bundesregierung, die klimaschädlichen Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent zu reduzieren. Zwölf Beispiele zeigen, dass sich dieses Ziel mit mutigen integrierten Strategien erreichen lässt.

Studien und Praxisbeispiele aus Zürich, der Region Hannover, München und Berlin belegen, dass die Kommunen durch Verdichtung im Städtebau und intelligentes Flächenmanagement den Trend zur Zersiedlung stoppen und den Verkehrsaufwand senken, durch Kampagnen und bessere Infrastrukturen den Rad- und Fußverkehr steigern und durch Mobilitätsmanagement und Förderung des ÖPNV Verhaltensänderungen bei Autofahrern bewirken können.

Die Bundesregierung unterstützt die Kommunen im Rahmen ihres Klimaschutzkonzepts dabei unter anderem mit Investitionshilfen im Umfang von jährlich 400 Mio. Euro aus den Versteigerungserlösen für CO₂-Verschmutzungsrechte. Staatssekretärin Astrid Klug verwies auf eine neue bundes-

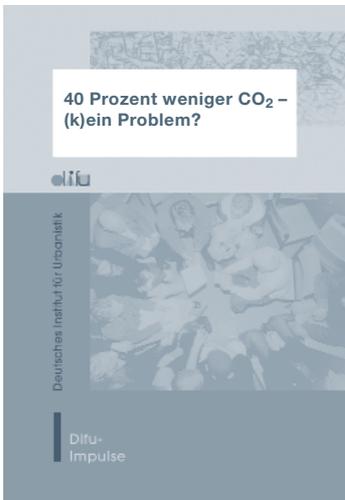
weite Kampagne für emissionsfreie Mobilität mit dem Rad und zu Fuß auf Kurzstrecken („Zero emission mobility“). Im Rahmen des Klimaschutzprogramms richtet sich ein Aktionsprogramm „Mobilitätsmanagement“ an Unternehmen und Kommunen, eine Initiative zielt auf die Marktdurchdringung klimafreundlicher Produkte im Rahmen der kommunalen Beschaffung, und es gibt eine Förderung von Linienbussen mit Hybridantrieb.

Über das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung hinaus sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um weitere fünf bis 15 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr einzusparen. Das diskutierte Maßnahmenspektrum umfasst

- die Förderung von Rad- und Fußverkehr zur Substitution kurzer Autofahrten,
- Ausbaumaßnahmen und Angebotsverbesserungen im ÖPNV,
- die Steigerung des Pkw-Besetzungsgrades, insbesondere in Städten mit vielen Ein- und Auspendlern,
- ein Tempolimit von 30 km/h in den Städten und ein generelles Tempolimit auf Autobahnen,
- den Umbau der Straßenräume, die in erster Linie nicht mehr verkehrlich, sondern städtebaulich bemessen werden sollten, um auch den hohen Ansprüchen von Senioren und den oft ähnlichen Ansprüchen der Kinder zu genügen.

Die Umsetzung strategischer, zielorientierter Konzepte erfordert neue Partnerschaften und die Lösung von Zielkonflikten: beispielsweise das Zusammenwirken von Bauleitplanung, der Aufgabenträgerschaft für Parkplätze und der ÖPNV-Aufgabenträgerschaft sowie gemeinsame Strategien für den Straßenverkehr von Gemeinden, Ländern und Bund. Um mehr Flächen für Fußgänger nutzen zu können, muss über die Flächenaufteilung insgesamt neu nachgedacht und mehr Flächen müssen dem Seitenraum zugeschlagen werden, anstatt Straßen zu verbreitern.

Das Fazit von Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann macht Mut: „Das Zeitfenster für ein Umdenken und Umsteuern der kommunalen Verkehrspolitik hat sich durch die Finanzkrise und die Diskussion über die Klimaschutzthematik geöffnet. Wir sind jetzt in der glücklichen Lage, auch über solche Themen kreativ nachdenken zu können“.



Weitere Informationen:
Dipl.-Volksw. Tilman Bracher
Telefon: 030/39001-260
E-Mail: bracher@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Datenschutz und Informationsfreiheit in Kommunen

Datenschutz beginnt im Kopf der Beschäftigten einer Behörde. Nur präsent und verfügbares Grundwissen sensibilisiert dafür, die datenschutzrechtlichen Aspekte des Einzelfalles gedanklich zu prüfen und zu berücksichtigen. Datenschutzgerechtes Handeln in der Kommune setzt, aufgrund der verfassungsrechtlich verankerten Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz, die Beachtung der rechtlichen Grundlagen voraus. Daneben ist es wesentlich, notwendige technische Vorkehrungen zu treffen. Arbeitsabläufe sind datenschutzgerecht zu organisieren, notwendige Kontrollstrukturen effektiv aufzubauen. Dies erfordert Kompetenz in folgenden Themenfeldern:

- Kenntnis der Rechtsgrundlagen des Datenschutzes auf europarechtlicher, nationalverfassungsrechtlicher, einfachgesetzlicher und untergesetzlicher Ebene,
- Beherrschung der Begriffe und Phasen der Datenverarbeitung sowie allgemeine Rechtsprinzipien und Instrumente des Datenschutzes auf Landesebene,
- Verständnis der Strukturen des Landesdatenschutzrechts und Rechte der betroffenen Personen,
- Einführung in die Systematik bereichsspezifischer datenschutzrechtlicher Regelungskonzeptionen in kommunalen Aufgabenfeldern,
- Sensibilität für besondere Datenschutzthemen in der Kommune (z.B. Beschäftigtendatenschutz am Arbeitsplatz und bei Telearbeit, Befragungen, Videoüberwachung),
- Kenntnis der Grundlagen des organisatorischen und technischen Datenschutzes für den kommunalen Bereich,
- Organisation der Datenschutzkontrolle innerhalb der Kommune sowie die Funktion und die Aufgaben der Datenschutzkontrollbehörden.

Die neue Publikation ist übersichtlich gestaltet und didaktisch aufbereitet. Als allgemeine Fortbildungsunterlage bietet sie eine gute Grundlage des für Kommunen geltenden Datenschutzrechts. Neben der Darstellung von Grundlagen und Rahmenbedingungen – wie geschichtlicher Entwicklungen, europäischer und nationalverfassungsrechtlicher Vorgaben – lassen sich konkrete Fragen, die im täglichen Umgang öffentlicher Stellen mit datenschutzrelevanten Sachverhalten

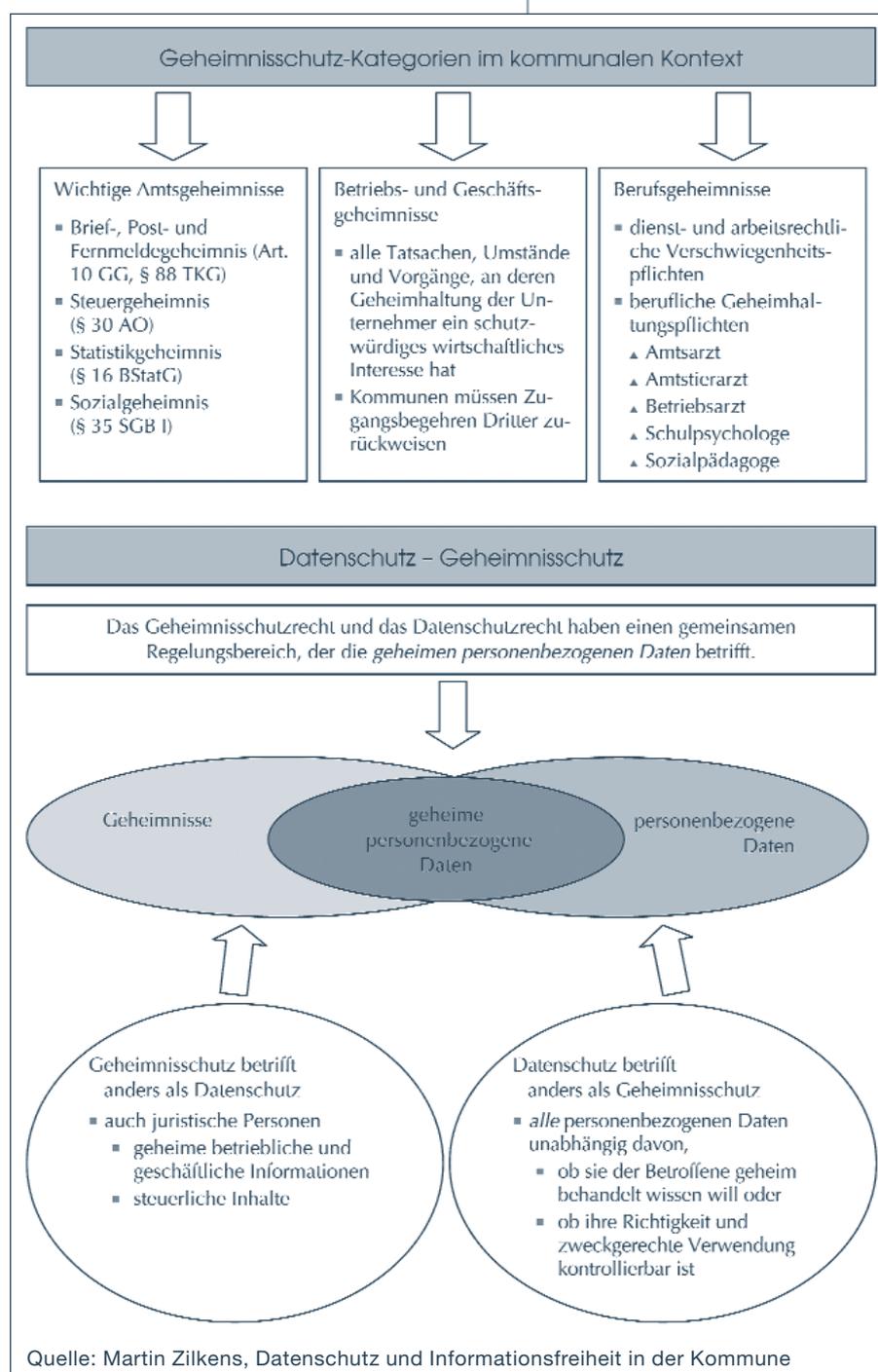
auftreten, leicht in einen Zusammenhang einordnen und praxisorientiert lösen.

Nach einer anschaulichen Einführung in die Gesetzessystematik und die Grundstrukturen des Datenschutzrechts, die neben der Frage nach der Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten insbesondere auch die technischen Themen „Audit und Zertifizierung“ sowie die Erstellung von „Sicherheitskonzepten“ nicht außer Acht lässt,

Weitere Informationen:

Dr. jur. Martin Zilkens
Datenschutzbeauftragter der
Landeshauptstadt Düsseldorf
Telefon: 0211/8921-322
E-Mail: martin.zilkens@
duesseldorf.de

Bestellung:
siehe Bestellschein



folgen wesentliche Einzelbereiche. Zunächst wird der bereichsspezifische Datenschutz am Beispiel der Sondermaterie des Sozialdatenschutzes erörtert. Sodann folgt eine Darstellung des Zusammenhangs zwischen Datenschutz und Geheimnisschutz. Zudem werden dem Datenschutz von Bewerberunterlagen und bei der Führung von Personalakten eigene Ausarbeitungen gewidmet. Dem datenschutzrechtlichen Bezug des aktuellen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist durch eine eigene Übersicht Rechnung getragen. Des Weiteren ist der Organisation und Kontrolle des Datenschutzes ein eigenes Kapitel gewidmet. Darin werden die Aufgaben der Datenschutzbeauftragten erläutert, außerdem Modelle für eine Datenschutzorganisation, die Grundlagen der Vorabkontrolle und die bei der Führung eines

Verfahrensverzeichnis wesentlichen Aspekte. Zudem wird das öffentliche Informationszugangsrecht, das bereits in der Hälfte der Länder das Datenschutzrecht ergänzt, ausführlich vorgestellt. Dabei sind besondere den Informationszugang regelnde Gesetze im Umwelt- und Verbraucherschutzbereich berücksichtigt. Tendenzen einer Modernisierung und Weiterentwicklung des Datenschutzrechts bereiten den Leser auf anstehende Rechtsänderungen vor.

Insbesondere beantwortet das Werk die folgenden Fragen:

- Wie kann ich mich gegen eine Beeinträchtigung meines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung wehren? An wen muss ich mich wenden?
- Können mich betreffende personenbezogene Daten auch ohne mein Wissen erhoben, verarbeitet und weitergegeben werden? Worauf ist insbesondere im Rahmen einer Befragung zu achten?
- Was versteht man unter Zertifizierung und Datenschutzaudit? Wann und wo spielen diese Begriffe eine Rolle?
- Wodurch wird die IT-Sicherheit meiner Behörde gefährdet? Was kann ich zur Schadensvermeidung beitragen?
- Welche Fragen sind im Rahmen eines Bewerbungsgesprächs zulässig? Wer darf Einsicht in meine Personalakte nehmen, und werde ich darüber informiert?
- Ist Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen, innerhalb von Gebäuden oder am Arbeitsplatz zulässig?
- Kann ich aufgrund privater Nutzung des Internet oder des Diensttelefons meinen Arbeitsplatz verlieren?
- Welche Relevanz besitzt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz für den Datenschutz in der öffentlichen Stelle?
- Welche datenschutzrechtlichen Regelungen gelten im Internet, und was ist seitens der öffentlichen Stelle beim Interneteinsatz zu beachten?
- Was ist beim Internetauftritt der Behörde aus datenschutzrechtlicher Sicht zu beachten?

Insgesamt wird mit der vorgelegten Unterlage eine Grundinformation bezogen auf die allgemeine datenschutzrechtliche Situation von Kommunen gegeben, die wirksam dazu beiträgt, mit datenschutzrelevanten Sachverhalten sicher und gesetzesgerecht umzugehen.

Verhältnis von Datenschutz und Geheimnisschutz

Werden geheime personenbezogene Daten nach Datenschutzrecht übermittelt, so werden sie *zugleich* auch nach Geheimnisschutzrecht offenbart. Zu diesem **Verhältnis von Datenschutz und Geheimnisschutz** hat die Literatur ein Modell entwickelt:

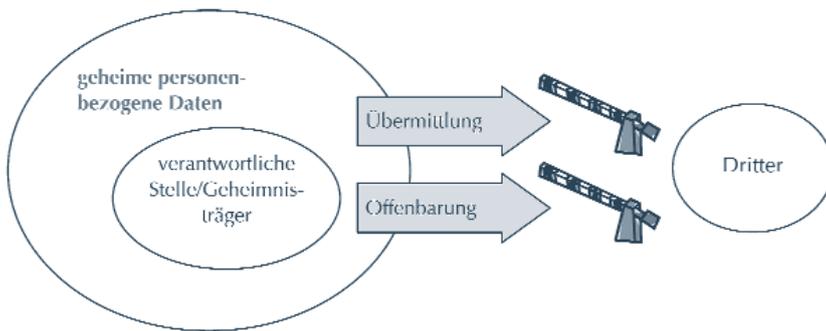
Zwei-Schranken-Theorie

„Standesrechtliche Regelungen und strafbewehrter Geheimnisschutz einerseits und datenschutzrechtliche Übermittlungsbefugnisse andererseits gelten *parallel*.“

Diese Ansicht führt in der Praxis dazu, dass der Geheimnisträger bei Offenlegung eines Geheimnisses zwei Schranken zu beachten hat: den speziellen Geheimnisschutz und den allgemeinen Datenschutz.

Konsequenz:

- Trotz vorhandener Übermittlungsnormen ist regelmäßig eine Entbindungserklärung des Betroffenen erforderlich.
- Eine Datenübermittlung muss vielfach unterbleiben, wenn die Entbindungserklärung aus praktischen Gründen nicht eingeholt werden kann oder verweigert wird.



Das Modell der Zwei-Schranken-Theorie entspricht jedoch nicht überall den Bedürfnissen der Praxis. Die zentrale geheimnisschützende Norm bildet § 203 StGB, der die Offenbarung von Geheimnissen nicht nur verbietet, sondern sogar unter Strafe stellt, sofern sie **unbefugt** geschieht. Andererseits ist die (straflose) befugte Offenbarung nicht die Ausnahme, sondern in der täglichen Arbeit allgegenwärtiger Regeltatbestand, weil im Datenverkehr zur kommunalen Aufgabenerfüllung auf die Fremdnutzung geheimer personenbezogener Daten nicht verzichtet werden kann.

Quelle: Martin Zilkens, Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

Genossenschaftliches Wohnen

Wohnungsgenossenschaften in der Stadtentwicklung

In den vergangenen Jahren hat der Bund das genossenschaftliche Wohnen mit zahlreichen Maßnahmen unterstützt. Neben der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes spielten dabei die Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften sowie die Umsetzung ihrer Empfehlungen eine bedeutende Rolle. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Bundesregierung dem Einfluss der Wohnungsgenossenschaften auf gesellschaftliche, stadtentwicklungspolitische und wohnungswirtschaftliche Entwicklungen. Sie verfolgt damit das wohnungspolitische Ziel, das genossenschaftliche Wohnen als „dritte Säule“ des Wohnungsmarktes neben Miete und Wohneigentum weiterzuentwickeln und die Zukunft der genossenschaftlichen Idee zu sichern.

Die im Rahmen der Expertenkommission aufgestellten Empfehlungen zeigen den Wohnungsgenossenschaften Wege auf, wie sie sich den neuen im Zuge gesellschaftlicher Veränderungsprozesse gestiegenen Herausforderungen stellen können (Link zu den Empfehlungen: www.bbsr.bund.de/cln_015/nn_21946/BBSR/DE/FP/ReFo/Wohnungswesen/ExpertenkommissionWohnungsgenossenschaften/05__Veroeffentlichungen.html).

Diese besonderen Zielstellungen und Rahmenbedingungen werden derzeit im Rahmen eines Forschungsprojektes thematisiert, welches das Difu im Auftrag des BMVBS/BBSR zusammen mit dem Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin durchführt. Hierzu wurde eine schriftliche Befragung zur Wahrnehmung und Einschätzung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften durchgeführt, an der 591 (oder „knapp ein Drittel aller“) Wohnungsgenossenschaften in Deutschland teilnahmen. Daneben fanden Experteninterviews mit Vertretern der wohnungswirtschaftlichen Verbände, von Landesministerien, Genossenschaftsinitiativen und Kommunen statt.

Inhaltlich liegen die Schwerpunkte der Untersuchung in der Einschätzung des veränderten Stellenwertes genossenschaftlichen Wohnens seit Beginn der Arbeit der Expertenkommission sowie der Wirkung ihrer Empfehlungen auf eine marktgerechte Weiterentwicklung der Genossenschaften.

Im Detail geht es u. a. um die Erstellung entsprechender strategischer Konzepte, die Ausgestaltung interner und externer Kommunikationsprozesse, das Thema Altern in Genossenschaften und die Novelle des Genossenschaftsgesetzes.

Als weiterer zentraler Aspekt kam schließlich die Zusammenarbeit zwischen Genossenschaften und Kommunen hinzu. Denn durch den lokalen Bezug der Unternehmenstätigkeit ist die Bereitschaft bei Wohnungsgenossenschaften besonders hoch, sich auch in Themen wie die Quartiersentwicklung, in die Infrastrukturausstattung oder in die Stadtentwicklungsplanung einzubringen. Sie verfolgen als „Stakeholder“ in der Stadtentwicklung daher häufig ähnliche Ziele wie die Kommunen. Im Rahmen der Genossenschaftsbefragung wurden daher Einschätzungen zur Zusammenarbeit mit den Kommunen sowie entsprechende Erfahrungen abgefragt. Zugleich wurden im Rahmen der Difu-Mehrthemenumfrage unter den deutschen Kommunen mit über 50 000 Einwohnern deren Einschätzungen zur Zusammenarbeit mit den Genossenschaften sowie deren Rolle bei der Wohnungsversorgung erhoben.

Den letzten Baustein dieser Untersuchung bildet ein Fachgespräch am 9. Juli 2009, bei dem zentrale Thesen aus der Auswertung der Erhebungen zur Diskussion gestellt werden sollen. Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens werden im Herbst dieses Jahres vorliegen.

Parallel zum Evaluationsvorhaben des Difu ist zum ersten Mal der Genossenschaftspreis Wohnen durch das BMVBS und den GdW-Bundesverband der Wohnungs- und Immobilienunternehmen ausgeschrieben und verliehen worden. Eines der Themenfelder des Wettbewerbs waren „Genossenschaften als starke Partner der Kommunen“. Eine Ausstellung mit den Wettbewerbsbeiträgen kann beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) kostenlos ausgeliehen werden (Kontakt: Katja Wischnewski, Telefon: 0228 99 401-1366, E-Mail: katja.wischnewski@bbr.bund.de).



Fotos: Gregor Jekel

Weitere Informationen:
Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: Jekel@difu.de

Neun Kommunen für vorbildliche Klimaschutzprojekte ausgezeichnet

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.
Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Weitere Informationen zu den ausgezeichneten Projekten, zum Wettbewerb sowie Fotos von der Veranstaltung finden Sie auch im Internet unter www.kommunaler-klimaschutz.de

Preise von 10 000 bis 50 000 Euro: Geld wird in Klimaschutz investiert

Am 3. Juni 2009 war es soweit: Die Sieger des vom Bundesumweltministerium (BMU) und der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) initiierten Bundeswettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2009“ wurden in Berlin bekannt gegeben. Ausgezeichnet wurden Kommunen und Regionen, die im Klimaschutz besonders vorbildliche Maßnahmen, Strategien oder Aktionen realisiert haben. Staatssekretär Matthias Machnig überreichte den Gewinnern die Preise im Rahmen der Konferenz „Kommunaler Klimaschutz – Ideen – Impulse – Innovationen“, die vom BMU und der Servicestelle in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgerichtet wurde.

Preise wurden in drei Kategorien vergeben:

- Kategorie 1 „Innovative technische und/oder bauliche Maßnahmen für den Klimaschutz in kommunalen Gebäuden und Einrichtungen“
- Kategorie 2 „Innovative und vorbildliche Strategien zur Umsetzung des kommunalen Klimaschutzes“
- Kategorie 3 „Erfolgreich umgesetzte, innovative Aktionen zur Beteiligung und Motivation der Bevölkerung bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen“

221 Kommunen hatten sich am Wettbewerb beteiligt. Die Preisträger der ersten Kategorie (81 Bewerbungen) erhielten jeweils ein Preisgeld von 50 000 Euro, in der zweiten Kategorie (79 Bewerbungen) gab es jeweils

10 000 Euro und in der dritten Kategorie (61 Bewerbungen) jeweils 20 000 Euro. Die Gelder sind laut Wettbewerbsregeln wieder in Klimaschutzprojekte zu investieren.

Staatssekretär Matthias Machnig gratulierte den Preisträgern ebenfalls herzlich und freute sich über die große Resonanz auf den Wettbewerb. Die 221 eingegangenen Bewerbungen zeigten, dass die Kommunen viele Antworten auf die Frage nach erfolgreichen Projekten anzubieten hatten. Machnig: „In den Kommunen gibt es ein enormes Einsparpotenzial bei Energieverbrauch und CO₂-Emissionen. Ob in privaten Haushalten, in der Wirtschaft oder in öffentlichen Gebäuden wie Rathäusern und Schulen – wer heute in Klimaschutz investiert, senkt dauerhaft seine Energiekosten.“ Für die Kommunen sei Klimaschutz aber auch ein wichtiges Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung. Die Sensibilisierung der Verbraucher für mehr Klimaschutz fördere Investitionen in der Region genauso wie die energetische Modernisierung der kommunalen Infrastruktur, führte Machnig weiter aus. Das komme der heimischen Wirtschaft direkt zugute und sichere Arbeitsplätze gerade in konjunkturschwachen Zeiten.

Der Leiter des Difu, Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, stellte in seiner Begrüßungsrede heraus: „Klimaschutz gehört heute und in Zukunft zu den größten Herausforderungen, denen wir uns in den Kommunen stellen müssen. Angesichts der Erfordernisse einer Bewältigung potenzieller Folgen eines globalen Klimawandels ist der Klimaschutz auf kommunaler Ebene mit hohem Handlungsdruck, gleichzeitig aber mit Handlungsunsicherheiten und vor allem mit großer Komplexität verbunden, die über Ressortgrenzen hinausgeht.“

Die Gewinner 2009 sind: Stadt Vetschau

„Solarsporthalle Vetschau“: Die Solarsporthalle Vetschau verbindet auf beispielhafte Weise einen außergewöhnlich niedrigen Energieverbrauch mit einer beachtlichen Energiegewinnung durch eine Photovoltaikanlage. Neben ihrem innovativen Gebäudestandard in Passivbauweise verfügt die Sporthalle über ein energieeffizientes Versorgungskonzept.

Gewinner der 1. Kategorie:
v.l. Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik,
Jens Lattmann, Deutscher Städtetag,
Stellv. Bürgermeister Hans-Ulrich Lehmann, Stadt Vetschau,
Staatssekretär Matthias Machnig,
Bürgermeister Dr. Franz Kahle,
Stadt Marburg, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlendorf, Mülheim a.d.R.



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

Stadt Marburg

„Neubau der Kinderkrippe Marbach“
Beim Neubau der Kinderkrippe Marbach ist eine vorbildliche Kombination von hoher Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien gelungen. Zum einen erfüllt das Gebäude alle Kriterien, die an ein Gebäude mit Passivhausstandard gestellt werden, zum anderen wird die Solarenergie zur Heizungsunterstützung genutzt und der verbleibende Restwärmebedarf durch Biomasse gedeckt.

Stadt Mülheim an der Ruhr

„Verwandlung – vom Wohnblock der 60er zum Technischen Rathaus“
Der Umbau und die energetische Sanierung eines Wohnblocks zum Technischen Rathaus stellt eindrucksvoll unter Beweis, dass Hochhausbauten der 1960er und 1970er Jahre ökologisch, ökonomisch und städtebaulich einer nachhaltigen Nutzung zugeführt werden können. Durch die energetische Sanierung und Optimierung werden in erheblichem Maße schädliche CO₂-Emissionen eingespart.

Stadt Wilhelmshaven und Landkreis Friesland

„Wärmeschutzpartner Wilhelmshaven-Friesland“: Die regionale Gemeinschaftsinitiative ist eine gelungene interkommunale Kooperation, die eine Vielzahl verschiedener Akteure einbindet. Durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und individuelle Beratung wird ein wichtiger Beitrag zur Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit bei der energetischen Modernisierung bestehender Wohngebäude erbracht. Die strategische Vorgehensweise wird kontinuierlich überprüft, weiterentwickelt und optimiert.

Landeshauptstadt München

Bündnis „München für Klimaschutz“:
Mit dem im Jahr 2007 gegründeten Bündnis von wichtigen lokalen Akteuren aus Verwaltung, Verbänden, Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Institutionen und Medien ist es gelungen, ein Netzwerk aufzubauen, das neue Ideen und Umsetzungsstrategien für den Klimaschutz entwickelt und größtmögliche CO₂-Reduktionspotenziale für den Großraum München wirtschaftlich effizient zu erschließen vermag.

Gemeinde Morbach

„Mit Energie Zukunft gestalten: Der Morbacher Weg zur energie-autarken Kommune“
Um das Ziel der Energie-Autarkie bis 2020 zu erreichen, setzt Morbach auf eine komplexe Strategie, die auf den drei Bausteinen Leitbild, Energielandschaft und Energietourismus aufbaut. Darüber hinaus werden



zahlreiche lokale Akteure aus den unterschiedlichsten Disziplinen konsequent in die Planung und Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen einbezogen.

Kreis Unna

„mobil&Job – Betriebliches Mobilitätsmanagement“: Mit der innovativen und vorbildlichen Initiative „mobil&Job“ bietet der Kreis Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen kostenlosen und individuellen Service zur Stärkung einer klimafreundlichen Mobilität.

Stadt Augsburg

„e+haus – Gebäude energetisch modernisieren“: Mit ihrer Initiative hält die Stadt für private Hausbesitzer ein umfassendes und kostenloses Informations- und Beratungsangebot bereit. Die Einbindung von zahlreichen regionalen Fachleuten unterschiedlicher Disziplinen sorgt für Neutralität und hohe Fachkompetenz.

Stadt Tübingen

„Tübingen macht blau – 10 % weniger CO₂ bis 2010“: Mit ihrer umfangreichen Klimaschutzkampagne verfolgt die Stadt konsequent ihr ambitioniertes Klimaschutzziel. Auf sehr originelle und informative Weise werden die Tübinger Bürger ebenso nachdrücklich wie kontinuierlich zum Umdenken und zu klimaschützenden und energieeffizienten Verhaltensänderungen ermuntert.

Gewinner der 2. Kategorie:
v.r. Bürgermeister Gregor Eibes, Gemeinde Morbach, Dritter Bürgermeister Hep Monatzeder, Landeshauptstadt München, Norbert Portz, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Staatssekretär Matthias Machnig, Landrat Sven Ambrosy, Landkreis Friesland, Oberbürgermeister Eberhard Menzel, Stadt Wilhelmshaven, Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik



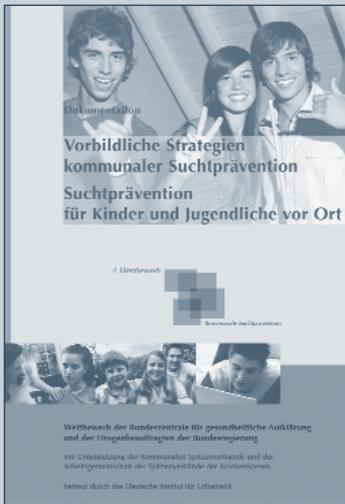
Staatssekretär Matthias Machnig

Gewinner der 3. Kategorie:
v.r. Dr. Detlef Schiebold, Planungsreferent Kreis Unna, Rainer Schaal, Umweltreferent Stadt Augsburg, Staatssekretär Matthias Machnig, Dr. Ralf Bleicher, Deutscher Landkreistag, Oberbürgermeister Boris Palmer, Stadt Tübingen, Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik



Fotos: Thomas Köhler/photothek.net

Preisträger bekannt: Wettbewerb Kommunale Suchtprävention



Weitere Informationen

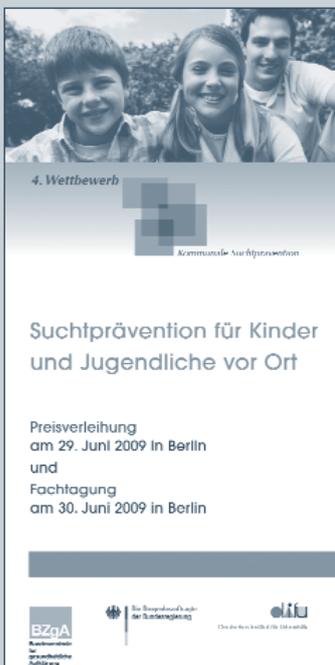
Dipl.-Ing. Christa Böhme
Tel: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Bestellung der Wettbewerbsdokumentation:

BzGA
51101 Köln
E-Mail: order@bzga.de
Fax: 0221/8992-257
Bestellnummer 33 950 000

Internetportal zum Wettbewerb:

www.kommunale-suchtpraevention.de



Bundesweiter Wettbewerb „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort“: Preisverleihung und Fachtagung

Preisverleihung

Zehn Städte, Gemeinden und Landkreise wurden am 29. Juni im Kaisersaal der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin für ihre vorbildlichen Aktivitäten zur Suchtprävention für Kinder und Jugendliche ausgezeichnet. Die Preisverleihung erfolgte durch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing und die Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA) Prof. Dr. Elisabeth Pott.

Der – bereits zum vierten Mal ausgeschriebene und vom Difu im Auftrag der BzGA betreute – Bundeswettbewerb zur kommunalen Suchtprävention hat mit seinem Schwerpunkt „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort“ ein Thema gewählt, das eine ausgesprochen große Zahl von Städten, Gemeinden und Kreisen zur Teilnahme motiviert hat. Allein hierdurch konnte bereits eine zentrale Zielsetzung des Wettbewerbs eingelöst werden: Die 123 eingereichten Wettbewerbsbeiträge – das ist erfreulicherweise die zweithöchste Teilnehmerzahl der insgesamt vier Wettbewerbe – tragen ganz wesentlich dazu bei, einer breiten Öffentlichkeit herausragende kommunale Aktivitäten und Maßnahmen zur Suchtprävention bekannt machen zu können.

Für die von einer Jury aus Wissenschaft und Praxis ermittelten Preisträger stellte die BzGA ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60 000 Euro zur Verfügung. Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen beteiligte sich mit einem Sonderpreis für innovative und weiterführende Konzepte sowie Projekte gegen das „Binge-Drinking“ in Höhe von 10 000 Euro. Folgende Kommunen wurden mit einem Preis ausgezeichnet:

Kreisfreie Städte

- Landeshauptstadt Magdeburg (7000 Euro)
- Stadt Nürnberg (7000 Euro)

Kreisangehörige Kommunen

- Gemeinde Strullendorf (9000 Euro)
- Stadt Freiberg am Neckar (6500 Euro)
- Gemeinde Sankt Peter-Ording (6500 Euro)

Landkreise

- Landkreis Lörrach (9000 Euro)
- Landkreis Müritz (9000 Euro)
- Landkreis Aichach-Friedberg (6000 Euro)

Sonderpreis der Krankenkassen

- Landkreis Borken (7500 Euro)
- Landkreis Amberg-Weilheim (2500 Euro)

Die Ergebnisse des Wettbewerbs zeigen, dass die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in den Kommunen gegeben sind. Das hohe Niveau sowohl der Konzepte als auch der Einzelprojekte verdient es, dass diese einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. So können sie am besten zur Nachahmung anregen. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sind daher in einer Dokumentation dargestellt und veröffentlicht. Außerdem können alle Wettbewerbsbeiträge sowie die Wettbewerbsdokumentation im Internet (www.kommunale-suchtpraevention.de) abgerufen werden.

Fachtagung

Am Tag nach der Preisverleihung wurden die vielfältigen Aktivitäten und die erfolgreiche Entwicklung der kommunalen Suchtprävention für Kinder und Jugendliche auf einer Fachtagung in Berlin präsentiert. Die Tagung diente sowohl dem Transfer der Wettbewerbsergebnisse als auch dem interkommunalen Erfahrungsaustausch.

Aus Sicht von Praxis und Forschung wurde die kommunale Suchtprävention beleuchtet. Darüber hinaus wurden die Ziele und Ergebnisse des Wettbewerbs dargestellt sowie Anforderungen an die zukünftige Arbeit der kommunalen Suchtprävention aufgezeigt und diskutiert.

Themenschwerpunkte bildeten dabei die Rolle der Kommune – insbesondere in Hinblick auf die kommunalpolitische Verankerung von Suchtprävention und die Ausnutzung kommunaler Einflussmöglichkeiten – sowie der Aufbau und die Weiterentwicklung von Netzwerken und Kooperationen als wesentliche Erfolgsfaktoren für die kommunale Suchtprävention für Kinder und Jugendliche.

Jubiläumskongress Soziale Stadt

10 Jahre Soziale Stadt. Das Bund-Länder-Programm in der Praxis

Am 5. Mai 2009 veranstaltete das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Umweltforum Auferstehungskirche in Berlin den Jubiläumskongress „10 Jahre Soziale Stadt – Das Bund-Länder-Programm in der Praxis“. Rund 400 Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen, Partner aus Politik und Gesellschaft sowie lokale Akteure zogen eine Zwischenbilanz der integrierten Entwicklung benachteiligter Stadtteile. Bundesbauminister Tiefensee unterstrich die Bedeutung des Programms nicht nur für die baulich-städtebauliche Erneuerung benachteiligter Quartiere, sondern vor allem auch für sozial-integrative Maßnahmen und Projekte, unter anderem aus den Bereichen Integration, Bildung, Beschäftigung und Gesundheit. „Sie können davon ausgehen: Dieses Programm wird auf hohem Niveau weitergeführt“, lautete eine seiner Schlussfolgerungen. Franz Müntefering – 1999 bei Start des Programms amtierender Bundesbauminister – wies unter anderem darauf hin, dass der Erfolg des Programms weiterhin davon abhängt, dass Bund, Länder und Gemeinden zusammenwirken und die verschiedenen Ressorts kooperieren. Wesentlich komme es – so der Vorsitzende der SPD weiter – auch auf das Engagement der Bürger vor Ort an: „Das Geheimnis des Erfolgs wird immer sein, ob man Menschen findet, die sich für ihren Stadtteil, für ihre Stadt engagieren“. Auch Lutz Lienenkämper, Minister für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der Bauministerkonferenz, würdigte das Programm vor allem wegen seines „lernenden“ und aktivierenden Charakters als den richtigen und daher fortzuführenden Ansatz zur Entwicklung benachteiligter Stadtteile.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Präsentation ausgewählter Projekte aus den Bereichen Wohnen, Bildung, Lokale Ökonomie, Integration vor Ort sowie Gesundheit. So zeigte das Beispiel des Projekts „Wohnen in der Sozialen Stadt“ in Nürnberg-Nordostbahnhof, wie die Kooperation von Stadt, Wohnungsunternehmen und Bewohnern zu einer umfassenden Quartiersaufwertung ohne Verdrängung führen kann. Der „Lokale Bildungsverbund Reuterkiez“ in Berlin-Neukölln steht für das Engagement von Kindertagesstätten, Schulen und anderen Einrichtungen, die Kindern und Jugendlichen durch Vernetzung und Kooperation Bildung vor Ort



„aus einer Hand“ anbieten und auch die Übergänge zwischen den verschiedenen Etappen begleiten. Wie auf Basis einer leerstehenden Immobilie ein funktionierender Verbund aus Ausbildung, Förderung von Existenzgründungen und Revitalisierung eines Quartiers erfolgreich entwickelt werden kann, zeigte das Projekt „Ostpol – Gründercampus Offenbach“. Um Fragen der Integration nicht nur von Zuwanderern, sondern auch ihrer Institutionen geht es der „Begegnungsstätte in der Moschee“ und dem „Rosengarten Gülhane Elise“ in Duisburg-Marxloh: Hier wird eine neu errichtete Moschee nicht nur „geduldet“, sondern in das Quartiersleben auch der deutschen Bevölkerung integriert. Das Projekt „KLEEMOBIL – aufsuchende Sozialarbeit/Familienhebammen“ in Stralsund-Grünhufe machte schließlich deutlich, wie wichtig (nicht nur) im Bereich der Gesundheitsförderung direkte Ansprache, Erreichbarkeit und Vertrauensbildung sind.

Über die Zukunft des Programms diskutierten im Anschluss an die Präsentation der ausgewählten Projekte die fachpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen. Konsens war hier – wenn auch aus je unterschiedlichen parteipolitischen Perspektiven – , dass mit der Sozialen Stadt prinzipiell der richtige Weg eingeschlagen wurde, der nun auch fortgesetzt werden müsse.

Eine umfangreiche Kongressdokumentation wird im Sommer 2009 als Printveröffentlichung sowie im Internet unter folgendem Link zum Download zur Verfügung stehen: www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/.

Gut besucht war der Jubiläumskongress des erfolgreichen Bund-Länder-Programms.



Sprach sich für die Fortführung des Programms Soziale Stadt „auf hohem Niveau“ aus: Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dipl.-Geogr. Thomas Franke
Telefon: 030/39001-107
E-Mail: franke@difu.de

39. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung in Greifswald

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

Dr. Angela Uttke
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: uttke@difu.de

Die Veranstaltungsserie des „Interkommunalen Erfahrungsaustauschs zur Stadterneuerung und Sozialplanung“ wurde im Frühjahr 1973 ins Leben gerufen, um vor Ort in wechselnden Städten Deutschlands die Probleme, Erfolge und Strategien der Stadterneuerung im Kollegenkreis und mit Interessierten zu diskutieren. Seit 1990 werden die Veranstaltungen abwechselnd in den neuen und alten Bundesländern durchgeführt.

Der 39. Erfahrungsaustausch fand in diesem Jahr vom 6. bis 8. Mai in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald statt. Die Stadt Greifswald blickt auf umfangreiche

Erfahrungen mit Stadterneuerung und Sanierung zurück, und das nicht erst seit der politischen Wende. Seit 1976 wurden mehrere Umgestaltungsgebiete in der Innenstadt mit teilweise innovativen und erfolgreichen Konzepten verwirklicht. Der damit einhergehende flächenhafte Abriss und Zerfall der historischen Bausubstanz wurde 1990 gestoppt und in eine behutsame Sanierung gewandelt.

In der jüngeren Vergangenheit lagen die Erneuerungsschwerpunkte neben dem Stadtumbau in den Plattenbauquartieren Ostseevierviertel und Schönwalde II, in der Innenstadt und der gründerzeitlichen Fleischervorstadt sowie auf unterschiedlichen kommunalen Sanierungsstrategien und -maßnahmen zur Gestaltung der öffentlichen Räume, insbesondere zur Wiedereinbeziehung von Landschaft und Wasser in die Stadtentwicklung. Weitere wichtige Handlungsfelder waren und sind die bauliche Entwicklung des neuen Universitätscampus und die Nachnutzung der frei werdenden innerstädtischen Universitätsgebäude. Diese Themen waren auch Schwerpunkt dreier Rundgänge, in denen Herausforderungen und Erfolge in der Sanierung der Altstadt, dem Umbau der Plattenbauquartiere sowie in der Erweiterung des Unversitätscampus besichtigt und diskutiert wurden. Auch das maritime Erbe und die Lage der Stadt an der Ostsee kamen im Rahmen der Erfahrungsaustauschs nicht zu kurz.



Fotos: Wolf-Christian Strauss

oben: Besichtigung des Stadtumbaugebietes Ostseevierviertel
unten: Plenum im Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald



Das Abschlusspodium am Freitag stand unter dem Titel „Kooperative und kreative Stadterneuerung in Zeiten der Finanzkrise“. Hier wurde die Rolle des Konjunkturpakets und anderer Förderprogramme, aber auch die energetische Anforderung im Neubau und Bestand sehr engagiert diskutiert. Letzteres wurde als aktuelle und zukünftig bedeutsame Aufgabe in der Stadterneuerung von den rund 90 Teilnehmern thematisiert und wird auch Gegenstand eines Difu-Seminars im Frühjahr 2010 sein.

Gastgeber für die Jubiläumstagung im kommenden Jahr – dem bereits 40. Erfahrungsaustausch – wird von 5. bis 7. Mai 2010 die Stadt Nürnberg sein.

Kinder- und Jugendhilfe (nicht) nur für Deutsche?!

Am 29./30. Januar 2009 fand in Berlin die Fachtagung „Kinder- und Jugendhilfe (nicht) nur für Deutsche?! Interkulturelle Arbeit im Sozialraum“ statt. Zu dieser bundesweiten Tagung hatte die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) nach Berlin eingeladen. Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, Wissenschaftlicher Direktor des Difu, betonte in seiner Eröffnung, dass der Austausch über gelungene kommunale Integrationsansätze von Familien mit Migrationshintergrund ein zentrales Thema der Tagung sei, für das sich das Difu auch im Rahmen der „Sozialen Stadt“ seit längerem engagiere und insbesondere den Transfer guter Handlungsansätze fördere.

Stefan Bestmann, Erziehungswissenschaftler und freiberuflicher Praxisberater, referierte zu Beginn der Tagung zur Frage: „Welche Herausforderungen stellen Familien mit Migrationshintergrund an die Jugendhilfe und wie geht sie damit um?“ Er machte deutlich, dass Migration kein kategorialer Begriff ist, dass jede (hilfesuchende) Familie eine Herausforderung für die Jugendhilfe darstelle und dabei Professionalität und Methodik das Entscheidende seien. Die wahre Herausforderung in der Praxis sei, (sozialraumbezogen) mit den Stärken der Menschen zu arbeiten, was die Aneignung migrationsspezifischen Wissens mit einschließe, inklusive ihrer „Risiken und Nebenwirkungen“.

Dr. Hubertus Schröer, Geschäftsführer, Institut – Interkulturelle Qualitätsentwicklung München, betonte, dass soziale Arbeit schon immer Übersetzungsarbeit gewesen sei, dies müsse man einfach anerkennen, genauso wie der Umgang mit Differenz und Macht Bestandteile davon seien. Soziale Arbeit zielle auf Gerechtigkeit und Chancengleichheit, dies müsse sich jeder Sozialarbeiter immer wieder (neu) vergegenwärtigen, damit Diskriminierungen beseitigt werden, die dadurch entstehen, dass wir kulturelle Besonderheiten betonen. Dies betreffe u.a. auch den Aspekt, wenn „Behördenkultur“ auf „Herkunftskultur“ treffe. Eine interkulturelle Öffnung und Orientierung brauche eine entsprechende Handlungskultur, diese müsse noch stärker entwickelt werden. Dies bedeute insbesondere auch, die Leistungen anzuerkennen, die Menschen mit

Migrationshintergrund vollbracht haben und die eigenen Vorurteile zu hinterfragen.

Kazim Erdogan, Psychologe, Mitarbeiter beim Psychosozialen Dienst in Berlin-Neukölln, sagte in seinem Statement, es sei dann gute soziale Arbeit, wenn sie von den Menschen verstanden wird. In zehn Arbeitsgruppen wurden im Verlauf der Tagung gelungene Handlungsansätze für Integration und noch offene Fragen und Probleme diskutiert.

Gülseren Celebi, Leiterin der Jugendhilfestation IFAK e.V., Bochum, stellte in ihrem Beitrag die Frage, ob die Kinder- und Jugendhilfe denn schon fit für die Einwanderungsgesellschaft sei und beantwortete dies gleich mit einem klaren „Nein“. Belegen ließe sich dies u.a. mit den geringen Zahlen der Inanspruchnahme ambulanter erzieherischer Hilfen durch Familien mit Migrationshintergrund. Migrantenselbsthilfeorganisationen (MSO) könnten hier eine wichtige Brücke und ein Türöffner zu Migrantenfamilien sein und darüber hinaus auch ein wichtiger Leistungsträger der Jugendhilfe. Hier liege ein enormes Potenzial der MSOs, auch als „Träger ethnischer Öffentlichkeit“.

In der Abschlussdiskussion sprach sich Dr. Heike Förster, Leiterin der Abteilung Jugendhilfeplanung im Jugendamt Leipzig, dafür aus, sich in den Kommunalverwaltungen frühzeitig und langfristig mit dem Thema Migration auseinanderzusetzen und ein gemeinsames Verständnis von interkultureller Öffnung und Kompetenz zu entwickeln. Prof. Dr. Cengiz Deniz, Gastprofessorin für Sozialwissenschaftliche Grundlagen der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Evangelische Fachhochschule Berlin, betonte, dass es bei „Integration“ um die Frage der Anerkennung des Anderen gehe und das bedeute, nicht auszugrenzen. Eine Teilnehmerin sagte am Ende der Tagung, dass sie aus dieser Tagung mitnehme, dass es wichtig sei, den Kopf freizumachen und einfach den Menschen zu sehen ...

Die Dokumentation zu dieser Tagung wurde in den „Aktuellen Beiträgen zur Kinder- und Jugendhilfe“ veröffentlicht und kann online bestellt werden:
www.fachtagungen-jugendhilfe.de

Weitere Informationen:
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Bestellung der Veröffentlichung:
www.fachtagungen-jugendhilfe.de

Europa zu Gast am Deutschen Institut für Urbanistik

Treffen der COST-Action „Urban Knowledge Arena“



Foto: Venla Bernelius

COST-Arbeitsgruppe zu Gast im Kreuzberg-Museum

Weitere Informationen:

Dipl.-Verw.Wiss. Daniel
Zwicker-Schwarm
Telefon: 030/39001-154
Email: zwicker-schwarm@
difu.de
Internet: www.u-k-a.eu

In verschiedenen Projekten, Netzwerken und Aktivitäten ist das Difu im Austausch mit anderen europäischen Stadtforschungsinstituten. So beteiligt sich das Difu seit vier Jahren an der COST Action C 20 „Urban Knowledge Arena“, einem Netzwerk von Praktikern aus Stadtverwaltungen und Planungsbüros sowie Stadtforschern unterschiedlicher Disziplinen aus über 20 europäischen Ländern. Im Mittelpunkt dieses europäischen Austausches steht die Frage, wie über „Urban Knowledge“ – einerseits das stadt-bezogene Expertenwissen verschiedener Disziplinen, aber auch das Know-how von Bürgern – besser in komplexe Projekte der Stadtentwicklung eingebracht werden können. Die Verständigung darüber geschieht unter anderem durch Fallstudien im Bereich der Stadterneuerung und Quartiersentwicklung aus den beteiligten Ländern.

Ein Teil des COST-Netzwerkes traf sich Anfang März 2009 auf Einladung des Difu zu einer zweitägigen Arbeitsgruppensitzung im Ernst-Reuter-Haus in Berlin. Dabei informierten sich die Teilnehmer auch über Aufgaben und Arbeitsweise des Difu, das von vielen als ein nachahmenswertes Modell eines von den Städten selbst getragenen, praxisorientierten Instituts angesehen wurde. Neben diesem Beispiel für den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis, konnten sich die rund 20 Stadtforscher und Praktiker bei einer Exkursion rund ums Kottbusser Tor über Ansätze des Quartiersmanagement informieren.

Die Abkürzung COST steht für Cooperation in Science and Technology – ein zwischenstaatliches Programm, das die europäische Koordination nationaler Forschungsaktivitäten zur Aufgabe hat.

Die Ergebnisse der COST Action „Urban Knowledge Arena“ werden bis Herbst 2009 in einer Veröffentlichung aufgearbeitet.

Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und Extranet

Seminarberichte, Vorträge, Online-Publikationen

Difu-Newsletter „Berichte“ 2/09

Gesamtes Heft als PDF:

www.difu.de/archiv/Ber-09-2.pdf

HTML-Format: www.difu.de/publikationen/difu-berichte/2_09/

Vortrag: Verkehrssystemgestaltung in Ballungsräumen – Erfordernisse eines integrierten Ansatzes?

www.difu.de/extranet/vortraege/09-beckmann-verkehrmanagement.pdf

Vortrag: Globaler Klimaschutz – eine gemeindliche Aufgabe? Die Verantwortung von Städten und Gemeinden aus fachlicher Sicht

www.difu.de/extranet/vortraege/09-beckmann-globaler_klimaschutz.pdf

Vortrag: Kommunaler Klimaschutz: Neue Herausforderungen für die Kommunen?

www.difu.de/extranet/vortraege/2009-02-18-roesler-klimaschutz.pdf

Vortrag: Partizipation in der Quartiersentwicklung: Aktivierung von Migrant/-innen in Berlin

www.difu.de/extranet/vortraege/09-reimann-partizipation-quartiersentwicklung.pdf

Vortrag: Wissensbilanzen Ein Unterstützungsinstrument für die regionale Wirtschaftsförderung?

www.difu.de/extranet/vortraege/09-floeting-wissensbilanzen.pdf

Seminardoku: Stadtplanung in der Bundesrepublik – Quo vadis?

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09stadtplanung

Seminardoku: Einzelhandelsvorhaben effektiv und rechtssicher steuern

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09einzelhandelsvorhaben

Seminardoku: EG-Verordnung 1370/2007 – Einbettung in das nationale Recht

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09eu-verordnung

Seminardoku: Pensionslasten sachgerecht abbilden

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09pensionslasten

Veröffentlichung: Difu goes Europe

www.difu.de/extranet/publikationen/abfrage.php?id=1006

Seminardoku: Monitoring und Evaluation von kommunalen Integrationsmaßnahmen

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09monitoring

Seminardoku: Veranstaltungshallen im Zeichen von Nachhaltigkeit und demographischem Wandel

www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09veranstaltungshallen

Veröffentlichung: Making the Follow-up Costs of Settlement Development Transparent

www.difu.de/extranet/publikationen/abfrage.php?id=1005

Veröffentlichung: Cities and Towns in the European Constitutional System

www.difu.de/extranet/publikationen/abfrage.php?id=1003

Veröffentlichung: Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern

www.difu.de/extranet/publikationen/abfrage.php?id=999

Tagungsdoku: Frühe Hilfen interdisziplinär gestalten. Zum Stand des Aufbaus Früher Hilfen in Deutschland

www.fachtagungen-jugendhilfe.de/veranstaltungen/dokumentation.phtml?termine_id=1753

Veröffentlichung: Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost

www.difu.de/publikationen/abfrage.php?id=1008

Veröffentlichung Planspiel 2008 „Neuordnung des Rechts der Raumordnung“

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=PUJY2XD4>

German Journal of Urban Studies/ Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK)

Issue Vol 47 (2008). Living in the Inner City: New Challenges for Urban Communities
www.difu.de/publikationen/dfk/en/08_1/welcome.shtml

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwanderstädten haben einen kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/. Der Zugang ist – technisch bedingt – entweder pauschal für die gesamte Stadt eingerichtet oder es werden Passwörter vergeben. Weitere Informationen zum Verfahren www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml

Links, die ins Extranet führen, sind ausschließlich für Rat und Verwaltung der Difu-Zuwanderstädte gratis zugänglich: www.difu.de/zuwender/Welcome.shtml

Difu aktiv

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann hielt auf der FOCUS-Jahrestagung „Mobilitäts-Symposium 2009“, die am 21. und 22.4. in Berlin stattfand, den Vortrag „Verkehrsmanagement im Ballungsraum – Erfordernisse eines integrierten Ansatzes?“. Vom 12.–14.5. nahm Beckmann am Hauptausschuss sowie an der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Bochum und am 18.5. an der Sitzung des Beirats des „Stadtforums“ in Berlin teil. Anlässlich des Weltverkehrsforums in Leipzig vom 28.–30.5. nahm er an einer Pressekonferenz mit Bundesminister Tiefensee teil und präsentierte dort die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für Verkehr „Krise als Chance“. Auf der am 19. und 20.6. in Berlin durchgeführten Festveranstaltung der SRL „Zukunft der Planung – SRL – 40 Jahre Garant für Planungskultur“ hielt Beckmann den Vortrag „Ein Europa der Städte? Anspruch und Wirklichkeit der urbanen Gesellschaft“. „Die Städte von morgen – neue Anforderungen im ÖPNV“ war Thema seines Vortrages, den er am 26.6. auf dem 3. ÖPNV-Forum an Rhein und Ruhr „Perspektive Nahverkehr – Was bedeutet die Zukunft? Mobile Metropolen anno 2025“, in Dortmund hielt. Ferner leitete Herr Beckmann am 26.6. letztmalig als Vorsitzender des Beirats für Raumordnung im Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung. Am 9.7. moderierte Prof. Beckmann im Rahmen des von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung durchgeführten Kongresses „Demografiekonzept für Berlin – Wissen teilen – Potenziale nutzen – Zukunft gestalten“ den Vortrag „Standort Berlin – für die Zukunft gerüstet“.

Dr. Stephanie Bock referierte am 16.5. im Rahmen der 6. Zukunftswerkstatt „Flächenverbrauch in der Metropolregion Hamburg“ zum Thema „Von anderen lernen – Ergebnisse aus dem bundesweiten REFINA-Forschungsverbund“. Des Weiteren hielten Stephanie Bock, **Jens Libbe** und **Thomas Preuß** am 2.6. in Bonn Kurzvorträge zu unterschiedlichen Aspekten der projektübergreifenden Begleitung REFINA (Wissenstransfer, Transdisziplinarität und Kooperation mit Kommunen) innerhalb eines Seminars, das im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunkts „Nachhaltige Waldwirtschaft“ durchgeführt wurde.

Holger Floeting hielt am 18.6. in Berlin auf der von der Hochschule für Wirtschaft und Recht durchgeführten Veranstaltung „Sicher-

heit und Risiko im politischen und gesellschaftlichen Kontext“ ein Referat zum Thema „Sicherheit in Städten und Gemeinden“. Zudem moderierte er die „Geodaten“-Session im Rahmen der Tagung „Berlin Open 09 – Wissen, Vernetzung, Innovation“, die vom Fachbereich Informatik & Gesellschaft“ der TU Berlin am 23.6. veranstaltet wurde.

Franziska Kausch hielt am 5.5. auf den Berliner Energietagen im Rahmen der Veranstaltung „Potenziale und Perspektiven der energetischen Schulsanierung in Berlin“ ein Referat zum Thema „Förderung kommunaler Klimaschutzprojekte“.

In dem von Bulwien Gesa, Sozietät Graf von Westphalen und FIRU in München durchgeführten Seminar „Spannungsfelder der kommunalen Einzelhandelsentwicklung – Fachmärkte, Nahversorgung, Shopping-Center“ hielt **Dr. Gerd Kühn** am 11.5. den Vortrag „Shopping-Center in Innenstädten: Trends, Auswirkungen und Handlungsempfehlungen“. Am 15.5. nahm Kühn am Podium „Zukunft Stadt – Stadtgestalter im Gespräch“ der „GfK Retail & Real Estate Konferenz – prismamarkt 2009“ in Hamburg teil. Veranstalter war die GfK Geomarketing GmbH Hamburg, Nürnberg.

Thomas Preuß beteiligte sich am 27.4. auf Einladung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin an einem Expertengespräch zur Berichterstattung über die Berliner Agenda 21.

Cornelia Rösler referierte im Rahmen des BMU-Werkstattgesprächs „Klimawandel-Anpassung im Dialog mit Kommunen“ am 19.5. in Berlin zum Thema „Rahmenbedingungen der Anpassung für Kommunen – Ergebnisse einer Umfrage“.

Dr. Angela Uttke hielt am 25.3. in Kaiserslautern auf der „8th International Conference on Urban Planning and Environment“ den Vortrag „Old and Emerging Urban Centers – Local Food Markets as today's Achors in Urban Centers“. Veranstalter war die International Urban Planning and Environment Association. Am 23.4. referierte Angela Uttke in Köln im Rahmen einer vom Landschaftsverband Rheinland veranstalteten Perspektivenwerkstatt zum Thema „Perspektiven der Friedhofsentwicklung in Deutschland“.

Difu-intern

Neu im Institut

„Integrierte Verkehrsplanung“ heißt das Aufgabenfeld von **Wulf-Holger Arndt**, der am 1. Mai 2009 ins Difu in den Arbeitsbereich „Mobilität und Infrastruktur“ kam. Arndt ist Dipl.-Ingenieur. Er studierte am Institut für Eisenbahningenieure „Obrazow“ in Leningrad, der Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“, Dresden, und an der TU Berlin, war von 1993-1997 als studentischer und freier Mitarbeiter zunächst angestellt und später im eigenen Planungsbüro tätig. Von 2000-2004 war Arndt im Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin, von 2004-2008 an der TU Berlin wissenschaftlicher Mitarbeiter mit Lehraufgaben im Fachgebiet Integrierte Verkehrsplanung und danach im Zentrum Technik und Gesellschaft, Bereich Mobilität soziotechnischer Systeme. Der erste Arbeitsschwerpunkt von Wulf-Holger Arndt liegt im Projekt „Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen“.

Am 30. April 2009 geht mit **Michael Lehmbrock** nach mehr als 30 Jahren ein „Difu-Urgestein“ von Bord. Der gelernte Architekt und Stadtplaner befasste sich zunächst im Arbeitsbereich „Information und Dokumentation“ mit Stadterneuerung, der kommunalen Energieversorgungsplanung, der Stadtverkehrsplanung und füllte den Literatur-Informationsdienst ORLIS. Später wechselte er in den Arbeitsbereich „Räumliche Planung und Bevölkerung“, wo er zusammen mit Dieter Apel zu einer „Institution der städtischen Verkehrsforschung“ wurde. 2002 schließlich kam er zum davor neu gegründeten Arbeitsbereich „Umwelt und Verkehr“.

Lehmbrocks besonderes Interesse galt über eine lange Zeit dem Spannungsfeld von Städtebau und Verkehr. „Straßennutzung und Stellplatzpflicht. Zur Entwicklung öffentlicher Räume mit vielfältigen Nutzungschancen.“, heißt sein im Jahr 2000 erschienenes Standardwerk. Seit ungefähr zehn Jahren lag ein weiterer Arbeitsschwerpunkt im ÖPNV – seine Seminare, gemeinsam für ÖPNV-Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen, sind längst ein Markenzeichen der Difu-Fortbildung geworden.

Trotz seiner nun 65 „Jahresringe“ ist Michael Lehmbrock äußerlich und innerlich jung geblieben. Nicht nur deshalb vollzieht er den Abschied vom Berufsleben in eher vorsichtigen Schritten: So wird er sich nach seinem Ausscheiden aus dem Institut zwar mehr als vorher sportlichen Radtouren in seiner zweiten Heimat Italien widmen, aber auch für das Difu noch am einen oder anderen Projekt mitwirken und weiterhin geschäftsführender Herausgeber des Handbuchs der kommunalen Verkehrsplanung bleiben. Wir wünschen ihm für seine nun sicherlich etwas verkehrsrärmere Zukunft alles Gute!

Seit Mai 2009 ist **Thomas Weber** als Mitarbeiter der „Fahrradakademie“ im Arbeitsbereich „Mobilität und Infrastruktur“. Er ist mit der Organisation zusätzlich angebotener Seminare befasst, mit denen die Kommunen in den einzelnen Bundesländern über die am 1.9.2009 in Kraft tretenden Änderungen der StVO in Bezug auf Radverkehr informiert werden. Der Dipl.-Ingenieur hat an der TU Berlin Stadtplanung studiert und war bisher in der Stadterneuerung, der Sozialplanung und der integrierten Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung tätig. Er war bereits 2008 befristet im Team der Fahrradakademie.



Wulf-Holger Arndt



Michael Lehmbrock



Thomas Weber

Mediennachlese

Im Australienjournal hören sie heute: [...] Wir werfen einen Blick ins Jahr 2050 und betrachten die australische Großstadt der Zukunft – im ersten Teil unserer neuen Reihe „Metropolis Australien“. ((Telefon-Interview mit Dr. Stephanie Bock vom Difu)) www.20.sbs.com.au/podcasting/index.php?action=feeddetails&feedid=2&catid=1, **SBS German program, Australienjournal, 10.6.09**

Spontan ein Fahrrad parat zu haben, nur für eine halbe Stunde – das wäre großartig. ... Viele Deutsche haben dafür eine Lösung gefunden: Mietfahrräder. [...] Damit es bald mehr davon gibt, wird das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung innovative Modellversuche mit Leihfahrrädern in den kommenden Jahren mit zehn Millionen Euro unterstützen. [...] „Sehr viele Menschen ziehen derzeit zurück in die Stadt“, sagt Tilman Bracher, der beim Deutschen Institut für Urbanistik den Wettbewerb betreut – „und damit wächst die Bereitschaft, den Raum anders zu nutzen als ihn mit Autos zuzuparken.“ Dass die Leihsysteme funktionieren, zeigen Metropolen im Ausland: „Seit es zum Beispiel in Barcelona und Paris Mietfahrräder gibt, haben sich diese Städte deutlich verändert“, sagt Bracher, „sie sind viel ruhiger und kommunikativer geworden. Ein neues Stadtverständnis ist entstanden.“ Kurz: Je mehr Räder, desto weniger Staus. **SPIEGEL ONLINE, 9.7.09**

Karstadt und die Warenhauskrise in den Innenstädten. Sterben die Innenstädte ohne die Warenhäuser? Ein Gespräch mit Dr. Gerd Kühn vom Deutschen Institut für Urbanistik aus Anlass der drohenden Karstadt-Insolvenz. Download: www.mdr.de/mediathek/suche/6426638.html, **MDR Radio, 9.6.2009**

Was geschlossene Warenhäuser für Deutschlands Einkaufsstraßen bedeuten würden, glauben Experten allerdings schon heute sagen zu können. [...] „Für viele deutsche Innenstädte wäre das eine Katastrophe, vor allem den mittelgroßen Städten würden die Magnete ihrer Innenstädte verloren gehen“, sagt Gerd Kühn vom Deutschen Institut für Urbanistik zu manager-magazin.de. [...] „Wenn die harte Konkurrenz nun Karstadt in die Fusion mit dem Kaufhof treibt, werden wohl nochmals weniger Warenhäuser in den

Innenstädten der Bundesrepublik zu finden sein. Dabei sorgten gerade sie vor allem in kleineren Städten für die nötige Laufkundschaft in den Einkaufsstraßen, die oft auch kleineren Geschäften einen wichtigen Teil ihres Umsatzes beschert“, sagt Difu-Experte Kühn. Falle der in Zukunft aus, weil nicht wenige dieser Innenstadtzugpferde der möglichen Karstadt- und Kaufhof-Fusion zum Opfer fallen sollten, könnten ganze Innenstädte veröden. **Manager-Magazin, 18.5.2009**

„Nur wenige werden überleben.“ Dennoch glaubt das Deutsche Institut für Urbanistik weiterhin an eine Zukunft der Warenhäuser. „Handel ist Wandel“, sagt Klaus Beckmann, Geschäftsführer und Wissenschaftlicher Direktor des Difu. Es habe schon immer Umstrukturierungen im Einzelhandel gegeben. „Und es wird wieder einen Wandel geben, der die Kaufhäuser verändern wird, beispielsweise in Shop-in-Shop-Systeme oder Franchise-Unternehmen.“ **HNA, 25.5.2009**

„Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche. Difu-Arbeitshilfe“ [...] Wenn wieder einmal eine Neuerscheinung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) auf meinem Schreibtisch landet, dann denke ich mir regelmäßig: „Wenn es das Difu nicht schon gäbe, dann müsste man eine solches Institut erfinden.“ Ein Institut, das auf hohem wissenschaftlichen Niveau die wesentlichen Problemstellungen kommunaler und regionaler Entwicklung bearbeitet und die Ergebnisse seiner Tätigkeit (zum Beispiel) in Form von zwar umfangreichen, aber doch lesbaren und sehr nützlichen „Arbeitshilfen“ der interessierten kommunalpolitischen Öffentlichkeit „verabreicht“. [...] Fazit: Wieder mal einen Difu-Arbeitshilfe, die in keinem Planungsamt und in keiner gut sortierten Fraktionsbibliothek fehlen sollte. **GRIBS-Kommunalrundbrief 2/2009**

Im Zuge der Überlegungen zu einem weitreichenden Konjunkturprogramm wurden in den vergangenen Wochen die Möglichkeiten diskutiert, zusätzliche Investitionen auf kommunaler Ebene anzustoßen, um den Investitionsrückstand zumindest teilweise abzubauen. Vielfach wird dabei auf die im Sommer veröffentlichte Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zum kommunalen

len Investitionsbedarf Bezug genommen. [...] **Wohnungspolitische Informationen, Heft 1/09.**

Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) verfügen mittlerweile 63% der deutschen Städte mit mehr als 50000 Einwohnern über eine umfassende Strategie zur Entwicklung von Clustern, Netzwerken, Technologie- und Kompetenzfeldern. [...] Diese neuen Initiativen lokaler und regionaler Wirtschafts-, Technologie- und Innovationspolitik entstehen häufig als Reaktion auf ökonomischen Strukturwandel, krisenhafte Entwicklungen oder Strukturbrüche. [...] In der neuen Difu-Veröffentlichung werden die unterschiedlichen Facetten der Entwicklung von Clusterinitiativen und Netzwerken beleuchtet. [...] Der neue Sammelband der Reihe „Edition Difu – Stadt Forschung Praxis“ mit einer Fülle von Beiträgen aus Wissenschaft und Praxis liefert einen umfassenden Überblick über aktuelle Erkenntnisse und Diskussionslinien, stellt Instrumente und Entwicklung und zum Management von Clustern vor und zeigt gute Beispiele für Clusterstrategien und -konzepte. **das rathaus 1/09**

Zahlreiche deutsche Städte haben mittlerweile ein eigenes Klimaschutzkonzept erstellt – eine Selbstverpflichtung, in der langfristige Ziele festgeschrieben sind. „Nur an Schwerin ist dieses Thema bislang sang- und klanglos vorbeigegangen“, sagt Ullrich Söffker, Landesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen. [...] „Gut 20 bis 30 Prozent Energie könnte man einsparen, wenn sich das Verbraucherverhalten ändert“. [...] Das gelte in privaten, vor allem aber in öffentlichen Gebäuden. [...] Für die Erstellung eines solchen Konzeptes gibt es schon lange ein dickes Handbuch vom Deutschen Institut für Urbanistik: „Klimaschutz in Kommunen“. Das Exemplar [...] stammt aus dem Jahr 1997. **Schweriner Volkszeitung, 19.1.2009**

Wir werden weniger, älter und bunter – auf diesen Nenner lässt sich bringen, was Land auf, Land ab als Folgen des demographischen Wandels prognostiziert wird. [...] Und was hat das mit dem Bielefelder Kanalnetz zu tun? [...] Ganz einfach – je weniger Menschen es gibt, desto weniger Wasser fließt durch die Kanäle und Leitungen. Das kann dazu führen, dass Kapazitäten nicht genutzt werden, die Gefahr steigt, dass künstliche Spülungen der Leitungen nötig würden, um Keimbefall zu verhindern. Wie das zu verhindern ist, soll ein Modellprojekt des Deutschen Instituts für Urbanistik klären. Sechs Städte nehmen an diesem mit

Geld vom Umweltbundesamt geförderten Projekt teil. **Neue Westfälische, 7.2.2009**

Im vergangenen Jahr hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), eine Gemeinschaftseinrichtung des Vereins für Kommunalwissenschaften sowie der Städte und Kommunalverbände die Studie „Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen: Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien“ vorgelegt. Die im neuen Konjunkturpaket vorgesehenen Maßnahmen zur Sanierung und besseren Ausstattung von Schulen gehen nun teilweise auf die Vorschläge der fünf Autoren zurück. [...] **Financial Times Deutschland, 8.2.2009**

Im April wird die Diplom-Stadtplanerin Katrin Hilpert (29) von Münster – wo sie derzeit als Referendarin bei der Bezirksregierung tätig ist – zurück an ihren Wohnort Harburg ziehen und in ihrer Freizeit um die Außenmühle joggen. Aber schon heute, Freitag, ist die junge Wissenschaftlerin zurück an der Elbe, um im Turmzimmer des Hamburger Rathauses von Staatsrat Stephan Hugo Winters eine Urkunde und einen Scheck über 750 Euro in Empfang zu nehmen. Das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin vergibt den Preis und würdigt damit das Ergebnis ihrer 2007 an der Technischen Universität Hamburg-Harburg geschriebenen Diplomarbeit zum Thema „Die Genossenschaft als Organisationsmodell öffentlicher Aufgaben“. Die Jury lobte die „fundierte Bestandsaufnahme und den praktischen Wert der Arbeit für die kommunale Praxis“. Katrin Hilpert: „Das Genossenschaftsmodell eignet sich sehr gut bei der Privatisierung öffentlicher Aufgaben.“ **Hamburger Abendblatt, 13.2.2009**

Der 2002 gestartete Stadtumbau habe sich „grundsätzlich bewährt“, schreibt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in seinem Evaluationsbericht über das Bund-Länder-Programm. [...] „Das Programm ist äußerst zielgenau“, sagt Difu-Direktor Prof. Klaus J. Beckmann. So seien die vom Bundesbauministerium festgelegten Ziele größtenteils erreicht worden. Die Zunahme des Wohnungsleerstands konnte gestoppt, die Wohnungsmärkte in den Programmkommunen gestärkt werden. [...] „Der Wohnungsleerstand ist seit 2001 nur wenig gesunken“, weiß Bettina Reimann, die für das Difu am Bericht mitgeschrieben hat. „Aber ein Zuwachs des Leerstandes konnte immerhin vermieden werden.“ **Demokratische Gemeinde, 3/09**

Impressum

Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) GmbH
Postfach 120321, 10593 Berlin

Redaktion

Christian Gräber (Praktikant)
Sandra Pretzel (Praktikantin)
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichtervertreiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Online-Newsletter-Abo:

www.difu.de/difu-news

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Jahrgang

Jahrgang 35

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche und weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

P & R Druck, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten:
Deutsches Institut für Urbanistik
Pressestelle
Postfach 120321, 10593 Berlin

2

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Verandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. ein- bis zweimal im Monat).

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren**

Von Rolf Junker, Gerd Kühn, Christina Nitz und Holger Pump-Uhlmann

2008. Bd. 7. 232 S., zahlreiche farbige Abb., Tab., Übers., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-461-8

__ Expl. Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung

Von Werner Heinz

2008. Bd. 6. 356 S., 38,- Euro
ISBN 978-3-88118-456-4

__ Expl. Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik

Vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement

Hrsg. von Holger Floeting
2008. Bd. 5. 288 S., 31,- Euro, ISBN 978-3-88118-450-2

__ Expl. Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen

Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien

Von Michael Reidenbach u.a.
2008. Bd. 4. 468 S., 41,- Euro, ISBN 978-3-88118-454-0

Difu-Impulse**__ Expl. Klimaschutz im Stadtverkehr: 40 Prozent weniger CO₂ – (k)ein Problem?**

Dokumentation der Fachtagung „Kommunal mobil – Klimaschutz im Stadtverkehr“ am 20./21.11.2008 in Dessau

Hrsg. von Tilman Bracher
Bd. 4/2009. 144 S., Schutzgebühr ca. 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-470-0

__ Expl. ServiceStadt Berlin 2016

Anforderungen an die künftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin unter sich verändernden Rahmenbedingungen

Von Busso Grabow, Rüdiger Knipp und Stefan Schneider
Bd. 3/2009. 212 S., zahlreiche, teils vierfarbige Abb., Schutzgebühr 23,- Euro, ISBN 978-3-88118-469-4

__ Expl. Städte im europäischen Verfassungssystem

Symposiums-Dokumentation

Hrsg. von Klaus J. Beckmann, Arno Bunzel und Gerd Schmidt-Eichstaedt
Bd. 2/2009. 68 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-466-3

__ Expl. Klimaschutz und kommunales Energiemanagement

Dokumentation des 13. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten

Hrsg. von Cornelia Rösler unter Mitarbeit von Vera Lorke
Bd. 1/2009. 230 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-465-6

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune**

3., vollständig neu bearbeitete und erheblich erweiterte Auflage

Von Martin Zilkens
2009. 208 S., inklusive Checklisten und Muster, Schutzgebühr 28,- Euro, ISBN 978-3-88118-468-7

__ Expl. Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche

Von A. Bunzel, H. Janning, S. Kruse und G. Kühn

2009. 260 S., teilw. farbig, Schutzgebühr 33,- Euro
ISBN 978-3-88118-462-5

Difu-Papers**__ Expl. Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern**

Von Christoph Hagen und Werner Heinz
2009. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Lebenszufriedenheit in europäischen Städten

Auswertung des Urban Audit European Perception Survey

Von Antje Seidel-Schulze
2009. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Flächen im Netz: IT-gestützte Erfassung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien in deutschen Kommunen

Von D. Zwicker-Schwarm, B. Grabow u. A. Seidel-Schulze
2009. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft

Von Maic Verbücheln. 2009. 24 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Zeitschriften**__ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft II/2008: Die Zukunft der städtischen Infrastrukturen
140 S., ISBN 978-3-88118-467-0
Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro

__ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften

Heft I/2008: Innenstadtwohnen: Neue Herausforderungen für die Städte, 108 S., ISBN 978-3-88118-463-2

__ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte

(IMS) Halbjahresschrift, Heft 1/2009:
Städte in Südeuropa
120 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 16,- Euro